

Pressemitteilung

CDU fordert Parkausnahmen für soziale Dienste

Einrichtungen des sozialen Dienstes müssen auch in der Innenstadt Kunden bedienen können. Zudem soll der Magistrat das Gespräch mit der Tafel aufnehmen.

GIESSEN. Zur kommenden Sitzung der Gießener Stadtverordnetenversammlung Anfang Juni hat die CDU-Fraktion zwei sozialpolitische Anträge eingebracht, wonach zum einen der Magistrat der Stadt Gießen aufgefordert wird, das Gespräch mit der Gießener Tafel zu suchen und innerhalb der nächsten sechs Monate nach Möglichkeiten einer räumlichen Vergrößerung für diese zu suchen. Außerdem fordern die Christdemokraten, einen Parkausweis für Unternehmen und Einrichtungen, die im sozialen Dienst tätig sind, damit nach § 46 Abs. 1 StVO insbesondere für ambulante Pflegedienste sowie Behindertenfahrdienste oder Hebammen mit Hausbesuchstätigkeit das Parken für zwei Stunden an Parkscheinautomaten (ohne Betätigung), im eingeschränkten Halteverbot und auf den für Bewohner reservierten Flächen ermöglicht wird.

Zu den Hintergründen:

Der Mangel an Hebammen und Pflegekräften wächst. Um die Versorgung sicherzustellen, muss sich nicht nur an der finanziellen Situation etwas ändern. „Hausbesuche machen einen Großteil der Arbeit beider Berufsgruppen aus. Immer mehr Einrichtungen lehnen inzwischen allerdings Patientinnen und Patienten in der Gießener Innenstadt aufgrund der unzureichenden Parksituation ab“, erläutert die Initiatorin des Antrags, Kathrin Schmidt. Unter Vorlage eines Berufsnachweises soll ambulanten Pflegediensten sowie Behindertenfahrdiensten oder Hebammen der besondere Parkausweis ausgestellt werden, der berechtigt, für zwei Stunden an Parkscheinautomaten (ohne Betätigung), im eingeschränkten Halteverbot und auf den für Bewohner reservierten Flächen zu parken.

Zur Unterstützung der Gießener Tafel hinsichtlich einer räumlichen Vergrößerung fordert die CDU-Fraktion zudem den Magistrat auf, das Gespräch mit der Tafel nunmehr aufzunehmen. „Jede Woche versorgt die Gießener Tafel rund 3.200 Menschen in Stadt und Kreis, darunter ca. 1.000 Kinder unter 14 Jahren, doch die Vorräte reichen längst nicht mehr aus. Durch die Corona-Pandemie werden weniger Lebens- sowie Geldmittel gespendet und auch der Krieg in der Ukraine macht sich bemerkbar. Infolge von Inflation und explodierenden Energiekosten melden sich nun auch Menschen, die über dem Hartz-IV-Satz liegen. Bereits seit längerem ist bekannt, dass die Gießener Tafel dringend nach Möglichkeiten einer räumlichen Vergrößerung im Zentrum der Stadt sucht, um die große Zahl von Hilfsbedürftigen zu versorgen, wobei man insbesondere vor dem Hintergrund steigender Benzinpreise

Pressemitteilung

auf eine zentrale Lage angewiesen ist. Die so wichtige Arbeit der Gießener Tafel darf nicht gefährdet werden!“, erklärt Fraktionsvorsitzender Klaus Peter Möller.

Sollte die Suche nicht erfolgreich verlaufen, ist dem entsprechenden Ausschuss über die Gründe sowie anderweitige Unterstützungsmöglichkeiten Bericht zu erstatten.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung